

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 11/0138/WP18
Federführende Dienststelle: FB 11 - Fachbereich Personal, Organisation, E-Government und Informationstechnologie		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 17.07.2023
		Verfasser/in: Frau Adam
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 01.06.2023 (öffentlicher Teil)		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
10.08.2023	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 01.06.2023 (öffentlicher Teil).

Erläuterungen:

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 01.06.2023
(öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses

15. Juni 2023

Sitzungstermin:	Donnerstag, 01.06.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:25 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Haus Löwenstein, Haus Löwenstein

Anwesende:

Ratsfrau Annika Fohn

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsfrau Silke Bergs

Vertretung für: Ratsfrau Ulla Griepentrog

Ratsherr Birdal Dolan

Ratsfrau Elke Eschweiler

Herr Frank Hansen

Vertretung für: Ratsfrau Sigrid Moselage

Ratsfrau Doris Kurschilgen

Ratsherr Wolfgang Palm

Ratsfrau Daniela Parting

Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer

Frau Sabine Weineck

Vertretung für: Ratsherr Lars Lübben

Frau Relindis Becker

Frau Rita Dautzenberg

Herr Ludger Eickholt

Frau Dr. Jana Keller

Frau Ute Nußbaum

Herr Jannis Pinzek

Abwesende:

Ratsfrau Ulla Griepentrog	entschuldigt
Ratsherr Lars Lübben	entschuldigt
Ratsfrau Sigrid Moselage	entschuldigt

als Teilnehmende der Verwaltung:

Herr Stephan Baurmann	GPR
Frau Kerstin Bläsius	FB 11
Frau Jennifer Buchem	Dez. V
Herr Stefan Ganser	FB 12
Frau Cornelia Hassiepen	FB 11
Herr Dr. Markus Kremer	Dez. V
Frau Birgit Krott	FB 11
Frau Bettina Kuca	FB 12
Herr Markus Lennartz	FB 11
Frau Kerstin Löhner	GPR
Frau Paulina Lut	FB 12
Herr Pascal Mambor	FB 12
Frau Melanie Spiegelberg	FB 11
Herr Karlheinz Welters	GPR

als Gast:

Herr Jochen Abele	FB 12
-------------------	-------

als Schriftführerin:

Frau Anika Adam

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

- 2 **Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin**
Vorlage: FB 11/0122/WP18

- 3 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 12.01.2023 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 11/0124/WP18

- 4 **Sachstandbericht aus den Abteilungen Bürgerservice und Servicecenter-Call-Aachen zur aktuellen Entwicklung des FB 12, insbesondere zum Terminangebot**
Vorlage: FB 12/0001/WP18

- 5 **Sachstandsbericht Personalgewinnungskonzept**
Antrag zur Tagesordnung der Fraktionen SPD und GRÜNE vom 18.04.2023
Vorlage: FB 11/0131/WP18

- 6 **Praktika bei der Stadt Aachen**
Ratsantrag Nr. 202/18 der SPD-Fraktion vom 16.11.2021
Vorlage: FB 11/0130/WP18

- 7 **Einrichtung von zwei halben Stellen für Erzieher*innen im Bereich der Offenen Ganztagschulen im Primarbereich in städtischer Trägerschaft (FB 45)**
Vorlage: FB 11/0128/WP18

- 8 **Standesamtzimmer in Aachener Krankenhäusern**
Ratsantrag Nr. 280/18 der Fraktion DIE LINKE vom 15.08.2022
Vorlage: FB 11/0132/WP18

- 9 **Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) eröffnet um 17:00 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses.

Es werden keine Anträge auf Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung gestellt.

Die Ausschussmitglieder beschließen die bestehende Tagesordnung einstimmig.

zu 2 Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin

Vorlage: FB 11/0122/WP18

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt, Frau Anika Adam (FB 11/101) zur Schriftführerin und Frau Kerstin Bläsius (FB 11/101) zur stellvertretenden Schriftführerin des Personal- und Verwaltungsausschusses zu bestellen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 12.01.2023 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 11/0124/WP18

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt bei 4 Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 12.01.2023 (öffentlicher Teil).

zu 4 Sachstandbericht aus den Abteilungen Bürgerservice und Servicecenter-Call-Aachen zur aktuellen Entwicklung des FB 12, insbesondere zum Terminangebot

Vorlage: FB 12/0001/WP18

Frau Bettina Kuca (FB 12/000) begrüßt die Anwesenden und betont, dass der Bürger*innenservice sich freue, über die Entwicklung und wo der FB 12 heute stehe, berichten zu dürfen. Sie sei in Begleitung ihrer beiden Abteilungsleitungen Frau Paulina Lut (FB 12/100), zuständig für den Bürger*innenservice, und Herrn Stefan Ganser (FB 12/200), Leiter des Servicecenters Call- Aachen.

Herr Ganser freut sich über das Interesse am Bürger*innenservice und dass er diesen nun vorstellen dürfe.

In einer anschaulichen Präsentation stellt er die Serviceleistungen und Entwicklungen des Servicecenters Call Aachen dar. Hinsichtlich der Entwicklung des Personalbedarfs wird dabei herausgestellt, dass zum 01.07.2023 13 Stellen unbesetzt seien.

Er betont abschließend, dass das Servicecenter Call Aachen dank der tatkräftigen Unterstützung von Herrn Dr. Kremer vermutlich zum September 2023 in neue Räumlichkeiten in der Aureliusstraße umziehen dürfe.

Dort stünden attraktive Arbeitsplätze zur Verfügung, die auch für die Führungskräfte hilfreich seien, um Personal für das Servicecenter zu gewinnen.

Weiterhin lade er die Mitglieder des Personal- und Verwaltungsausschusses ein, die neuen Räumlichkeiten zu besichtigen.

Anschließend übernimmt die Leiterin des Bürger*innenservice Aachen- Mitte, Frau Paulina Lut. Sie berichtet zunächst über die Herausforderungen für den Bürger*innenservice im Jahr 2022 und anschließend über aktuelle Entwicklungen bei den Terminbuchungen und Serviceleistungen. Im Bürger*innenservice sei nahezu Vollbesetzung erreicht worden.

Abschließend berichtet Frau Bettina Kuca. Zunächst bedankt sie sich bei ihrer sehr engagierten Leitungsgruppe und stellt anschließend die Entwicklung des Personalbedarfs bei FB 12 dar. Dabei wird hervorgehoben, dass im Bereich des Call Aachen nur mit 25- Stunden-Kräften gearbeitet werde, da dies ermögliche, die Zeitspanne von 8 bis 18 Uhr abzudecken. Man sehe sich an dieser Stelle auch als Eintrittsamt in die gesamte Verwaltung.

Insgesamt sei die Beschwerdelage deutlich zurück gegangen. Besonders mit der tagesaktuellen Terminvergabe habe man gute Erfahrungen gemacht.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) bedankt sich bei den Vortragenden für den Sachstandsbericht und die Herausstellung der personellen Situation, der vielen positiven Entwicklungen sowie der Fallstricke, bei denen die Politik genauer hinschauen müsse.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) dankt für den sehr engagierten Vortrag. Insbesondere für langjährige Mitglieder des Personal- und Verwaltungsausschusses sei es sehr erfreulich, die positive Entwicklung des Bürger*innenservice zu sehen.

An Herrn Ganser stellt sie die Frage, ob bei den im Vortrag erwähnten 13 offenen Stellen bereits der zu erwartende Mehraufwand durch die geplanten Kooperationen berücksichtigt sei.

Weiterhin möchte sie sich im Namen der CDU bedanken, dass im Rahmen der Pandemie der Betrieb aufrechterhalten werden konnte.

Herr Ganser antwortet, dass die ASEAG demnächst aus dem Dienstleistungsverhältnis mit dem Call Aachen austreten werde, der neu dazukommende Kreis Euskirchen vom Anrufvolumen jedoch vergleichbar sei und somit weiterhin gut Randzeiten abgedeckt werden könnten.

Frau Becker (GRÜNE) dankt für den Vortrag und betont die gute Dynamik des Führungsteams. Hinsichtlich der 13 offenen Stellen zum Juli 2023 stellt sie die Frage, wie dies gehandelt werden solle. Herr Ganser stellt fest, dass man in den nächsten Monaten priorisieren müsse und dass weiterhin eine interne Unterstützung durch den Bürger*innenservice stattfinden werde. Desweiteren würden Tätigkeiten im Backoffice zunächst liegen bleiben oder von den Führungskräften mit übernommen werden.

Ratsfrau Begolli (LINKE) dankt für den sehr lebendigen Vortrag und den guten Teamspirit. Weiterhin spricht sie ihre Bewunderung für das weitgehend geräuschlose Krisenmanagement aus. Sie schlägt in Richtung der Ausschussvorsitzenden vor, dass nach den Ferien eine Ausschusssitzung in der Aureliusstraße stattfinden solle, um die Verbesserung der Arbeitsplatzsituation in Augenschein nehmen zu können, da diese entscheidend für die Attraktivität der Arbeitsplätze sei.

Da früher häufig von Problemen mit der IT und Ausfällen berichtet worden sei, bitte sie noch um Mitteilung, ob es hier Verbesserungen gebe.

Frau Kuca teilt mit, dass es weiterhin Tage gebe, an denen für ca. zwei Stunden keine telefonische Erreichbarkeit gegeben sei oder im Bürger*innenservice der Wartemarkenspender nicht funktioniere, sodass die Mitarbeitenden zu Fuß die Zuteilung erledigen müssten. Es werde nun ein Störkalender geführt, in dem festgehalten werde, wie viele Ausfälle es gab und wie sehr dies die Arbeitssituation beeinträchtige. Nach einem Gespräch mit der regio iT gebe es nun einen festen Ansprechpartner. Es sei besser geworden, aber es gebe noch Verbesserungspotential.

Ratsfrau Parting (SPD) dankt zunächst für den Vortrag.

Weiterhin regt sie an, das 25- Stunden-Gefüge zu überarbeiten, da man sicher mehr Stellen besetzen könne, wenn man Vollzeit anbiete.

Frau Kuca erwidert, dass man bereits den gleichen Ansatz verfolge und einige Vollzeitstellen anbiete. Anschließend erwähnt Frau Parting, dass es in anderen Städten Abholstationen gebe, an denen mit Sicherheitsvorkehrungen die Ausweisdokumente abgeholt werden könnten.

Frau Kuca stellt dar, dass in solch einem Automaten das Abholkontingent für eine Woche deponiert werden müsse, sodass sich die Frage der sicheren Aufstellung stelle.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) stellt klar, dass dieser Vorschlag bereits als Ratsantrag gestellt worden sei und es hierzu evtl. noch keine Rückmeldung gegeben habe. Frau Kuca führt aus, dass der entsprechende Antrag verfolgt und dann gegebenenfalls auf die Tagesordnung des zuständigen Ausschusses gesetzt werden könne.

Frau Dautzenberg (SPD) schließt sich dem Dank der Vorredner*innen an.

Sie regt an, mehr Arbeitszeitmodelle anzubieten, um die Attraktivität der Stellen zu erhöhen.

Bezugnehmend auf ihre Frage nach der Freischaltung der tagesaktuellen Termine stellt Frau Lut dar, dass morgens um 7.45 Uhr die freien Termine für den gesamten Tag im Buchungssystem eingestellt würden.

Zur Beschleunigung der Abholung von Ausweisdokumenten regt Frau Dautzenberg an, im Bestellvorgang eine Auswahlmöglichkeit anzubieten, sodass schon bei der Bestellung der Ort der Abholung ausgewählt werden könne. Frau Lut erwidert auf den Vorschlag, dass die Bundesdruckerei nur zum Ort der

Bestellung liefere und hier keine Auswahlmöglichkeiten bestünden. Weiterhin sei auch eine Weiterleitung logistisch nicht möglich.

Frau Kurschilgen (GRÜNE) dankt für den Vortrag.

Sie stellt eine Frage hinsichtlich der Möglichkeit, biometrische Fotos für den Personalausweis direkt auch an das Straßenverkehrsamt weiterzuleiten.

Herr Pascal Mambor (FB 12/110) stellt dar, dass dies technisch nicht möglich sei. Eine geplante Schnittstelle sei nicht zustande gekommen und daher sei immer ein Ausdruck erforderlich.

Weiterhin regt auch Frau Kurschilgen eine Erhöhung zumindest auf 30 Stunden- Stellen an.

Ratsfrau Bergs (GRÜNE) fragt, ob die Stadt Aachen im Bereich des Dialogmarketings noch ausbilde oder ob das anschließende 25-Stunden-Modell der Personalgewinnung im Wege stehe.

Herr Ganser stellt hervor, dass in diesem Bereich ausgebildet werde und Modelle geschaffen würden, die Mitarbeiter anschließend zu übernehmen.

Ergänzend stellt Frau Kuca hervor, dass man sehr bemüht sei, auch Vollzeitstellen zu schaffen.

Ratsherr Palm (AfD) fragt hinsichtlich der hohen Arbeitsbelastung, wie die Entwicklung des Krankenstandes und die Fluktuation seien.

Frau Kuca betont, dass man intern von einem „Gesundheitsstand“ spreche, da es nur einen geringen Krankenstand gebe und FB 12 deshalb für ein Pilotprojekt seitens FB 11 angesprochen worden sei. So sei nun zur Gesunderhaltung etwa eine feste Mittagspause eingeführt worden, welche ebenfalls zur Förderung des guten Teamspirits beitrage. Es liege ihr keine genaue Zahl vor, aber trotz fehlender Möglichkeit des Arbeitens im Home Office sei der Krankenstand bei unter drei Prozent.

Ratsherr Dolan (GRÜNE) fragt Herrn Ganser hinsichtlich des Citizen Relationship Managements, ob Möglichkeiten des mobilen Arbeitens bestünden.

Herr Ganser stellt klar, dass es im Servicecenter bereits mehr Möglichkeiten gebe als im Bürger*innenservice aufgrund der Schalterarbeit. Aber auch hier sei hybrides Arbeiten möglich. Allerdings müssten auch weiterhin der Austausch und die Supervision sichergestellt werden.

Frau Kuca erwähnt hierzu, dass es zukünftig in der Aureliusstraße einen Gesundheitsraum geben werde.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) dankt für den Vortrag und stellt heraus, dass es bereits stürmische Zeiten gegeben habe und es schön sei zu sehen, dass man sich nun in ruhigere Gefilde begeben. Weiterhin nehme sie gerne den Vorschlag von Frau Begolli auf, in einer der nächsten Ausschusssitzungen gemeinsam die Räumlichkeiten in der Aureliusstraße zu begehen.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 5 Sachstandsbericht Personalgewinnungskonzept

Antrag zur Tagesordnung der Fraktionen SPD und GRÜNE vom 18.04.2023

Vorlage: FB 11/0131/WP18

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Antrag zur Tagesordnung der Fraktionen SPD und GRÜNE gilt damit als behandelt.

zu 6 Praktika bei der Stadt Aachen

Ratsantrag Nr. 202/18 der SPD-Fraktion vom 16.11.2021

Vorlage: FB 11/0130/WP18

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) weist darauf hin, dass ein geänderter Beschlussvorschlag der Fraktionen von SPD und GRÜNE ausliege.

Ratsfrau Parting (SPD) stellt fest, dass sie damit übereinstimmen, dass die meisten Schüler*innenpraktika nicht zu vergüten seien, da diese meistens zeitlich kürzer seien und die Schülerinnen und Schüler noch zu Hause wohnten. Dies sei anders als bei Studienpraktika, bei denen in der freien Wirtschaft eine Anerkennung üblich sei. Weiterhin könnten Studierende während des Praktikums ihrer Arbeit nicht nachkommen und stellten außerdem mit ihrer Tätigkeit im Praktikum auch eine Hilfe dar.

Man wolle hier ein Zeichen setzen. Eine Vergütung könne der Dauer der Praktika angepasst werden und dies solle im Haushalt 2024 berücksichtigt werden.

Ratsfrau Begolli (LINKE) dankt der SPD für den Antrag. Sie möchte diesen über die Argumente von Frau Parting hinaus mit der Strategie Personalgewinnung verknüpfen. Ein Praktikum biete die Möglichkeit, Einblicke in das breite Spektrum der Tätigkeiten im Rahmen der Daseinsvorsorge zu ermöglichen und damit dem Fachkräftemangel zu begegnen. Der Änderungsantrag werde gerne unterstützt werden.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) wirft die Frage auf, ob die finanzielle Anerkennung, deren Ausgestaltung FB 11 obliege, für die Studierenden tatsächlich eine Hilfe oder ein Bärenienst sei. Es müsse zunächst geklärt werden, ob es dadurch mögliche Probleme mit anderen Einkünften, Bafög oder der Krankenkasse geben könne. Dies müsse zunächst von FB 11 geklärt werden. Man wolle dem Antrag nicht im Wege stehen, aber vor einer Abstimmung müssten diese Fragen geklärt sein.

Herr Eickholt (GRÜNE) betont, dass in anderen Städten eine finanzielle Anerkennung für die Mitarbeit in Rücksprache mit den Universitäten üblich sei. Der Inhalt des Antrages sei somit, ein gängiges Modell zu prüfen. Eine Klärung der von Frau Eschweiler aufgeworfenen Fragen sei dabei Bestandteil der erforderlichen Prüfungen.

Auch bei Schülerpraktika sei man für die Einführung einer Anerkennung, beispielsweise in Form eines Buchpräsenten.

Frau Dautzenberg (SPD) weist darauf hin, dass Praktikant*innen auch die Möglichkeit haben müssten, auf eine Anerkennung zu verzichten. Sie betont außerdem, dass eine finanzielle Anerkennung von Praktika gängige Praxis sei.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) fasst hinsichtlich des geänderten Beschlussvorschlags zusammen, dass der Ausschuss mit dem grundsätzlichen Ziel des Antrags übereinstimme, es aber Sorgen hinsichtlich der Ausgestaltung gebe.

Man könne nun über den Beschlussvorschlag der Fraktionen von SPD und GRÜNE abstimmen oder aus dem Beschlussvorschlag der Verwaltung den Satz streichen, dass der Antrag der SPD damit als behandelt gelte und zudem die Verwaltung die Vorlage nochmals anpassen solle, auch in Hinblick auf das Personalgewinnungskonzept.

Frau Parting (SPD) möchte bei der Abstimmung über den geänderten Beschluss bleiben.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig den geänderten Beschluss.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, ein Konzept zu einer angemessenen Entschädigung für Studierende zu entwickeln, die ein Praktikum bei der Stadt Aachen absolvieren, das mit dem Haushalt 2024 wirksam wird. Die Entschädigung ist an die Dauer des Praktikums anzupassen.

zu 7 Einrichtung von zwei halben Stellen für Erzieher*innen im Bereich der Offenen Ganztagschulen im Primarbereich in städtischer Trägerschaft (FB 45) Vorlage: FB 11/0128/WP18

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin empfiehlt er dem Rat der Stadt Aachen die Veränderung des Stellenplans 2023 durch Einrichtung von zwei halben Stellen für Erzieher*innen (auszuweisen nach EG S 8a TVöD-SuE).

zu 8 Standesamtzimmer in Aachener Krankenhäusern
Ratsantrag Nr. 280/18 der Fraktion DIE LINKE vom 15.08.2022
Vorlage: FB 11/0132/WP18

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) stellt zunächst fest, dass hierzu bereits im Rahmen einer Ratssitzung beraten worden sei.

Ratsfrau Begolli (LINKE) stellt fest, dass es zwei Vorlagen gebe, zunächst die aus der Ratssitzung und eine aktuellere. Die Vorlage aus der Ratssitzung sei sehr lieblos erstellt worden; nun sei das Ganze etwas ausgedehnt worden und es seien neue Ansätze dazu gekommen. Sie wisse um die Schwierigkeiten des Standesamtes. Sie frage sich vor dem Hintergrund aber auch, ob es für 1500 Geburten im Jahr tatsächlich notwendig sei, einen halben Tag vor Ort im Krankenhaus zu verbringen, oder ob es nicht ausreiche, lediglich ein oder zwei Stunden einen Außendienst anzubieten, um die Dienstleistung für die Eltern sicherzustellen. Die Darstellung in der Vorlage sei eine liebevollere „Beerdigung“ des Antrags als in der Ratssitzung, aber richtig viel Mühe habe man sich nicht gegeben.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) erwidert darauf, dass er die Vorlage so verstanden wissen möchte, dass der Grundgedanke, einen solchen Service zu bieten, außer Frage stehe.

Momentan sei es nicht möglich, Personal für die Aufgabe abzuziehen, denn das Standesamt sei einer der neuralgischsten Bereiche, auf die man einen besonderen Fokus habe. Man brauche ein Jahr Zeit, um diesen zu stabilisieren, dann komme man gerne nochmals auf den Antrag zurück und denke in die Richtung weiter.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig den geänderten Beschluss.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Der Ratsantrag Nr. 280/18 gilt als nicht abschließend behandelt und wird zu gegebener Zeit von der Verwaltung erneut aufgegriffen.

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) schließt die Sitzung um 18:25 Uhr.

Annika Fohn
Ausschussvorsitzende

Anika Adam
Schriftführerin

gesehen:

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin